Dokumenty moderní doby [Dokumente der modernen Zeit].

Verlag Svoboda, Prag 1978, 657 S.

Die vom Staatlichen Zentralarchiv in Prag in Zusammenarbeit mit dem Archiv des Zentralkomitees der KPTsch herausgegebene Dokumentensammlung enthält 123 Dokumente aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die den Wandel der Gesellschaftsordnung in den böhmischen Ländern und in der Slowakei von der Jahrhundertwende bis zur Aufrichtung der „Diktatur des Proletariats“ veranschaulichen sollen. Der in einer Auflagenhöhe von 14 000 Exemplaren erschienene Band will einem breiten Kreis fachlich interessierter Leser die wichtigsten Dokumente zur Zeitgeschichte des tschechischen und des slowakischen Volkes zugänglich machen. Den einzelnen Dokumenten sind einleitende Erklärungen vorangestellt, deren Autoren nicht genannt werden; offenbar handelt es sich um eine Kollektivarbeit der Mitarbeiter des Zentralarchivs.

Die Dokumente werden durchwegs in tschechischer oder in slowakischer Sprache (im Originalwortlaut bzw. in Übersetzung) wiedergegeben. Eine Ausnahme macht nur die Antwort, die Gottwald in seiner ersten Parlamentsrede dem sudetendeutschen Abgeordneten Jaksch gab; sie ist nur deutsch, ohne tschechische Übersetzung (S. 234), abgedruckt. Ein Hinweis, daß es sich nicht um den Originalwortlaut, sondern um eine Übersetzung handelt, wird nur ausnahmsweise gegeben (Dok. Nr. 19, 60, 80, 93).

Kürzungen des Textes werden, wie auf S. 646 versichert wird, graphisch durch Punkte kenntlich gemacht, Unterschriften unter den veröffentlichten Schriftstücken weggelassen. Beide Editionsgrundsätze werden aber nicht konsequent durchgeführt. Häufig werden die Unterschriften trotzdem wiedergegeben (z. B. Dok. Nr. 6, 24, 67, 76, 82), gelegentlich wird in einer Fußnote darauf hingewiesen, daß die Unterschriften weggelassen wurden (z. B. Dok. Nr. 8, 18, 68, 113). Das Münchner Abkommen wird ohne die Zusatzerklärungen abgedruckt, der Vertrag mit der Sowjetunion über die Abtretung der Karpatenukraine ohne das Protokoll mit den Optionsbestimmungen, das einen integrierenden Teil des Vertrags darstellt, ohne daß diese Tatsachen vermerkt oder durch Punkte kenntlich gemacht würden. In der „Dreikönigs-Deklaration des Generallandtags der böhmischen Länder“ fehlen die Schlußworte, in denen, nachdem die Forderung nach einem selbständigen, souveränen tschechoslowakischen Staat ausgesprochen wurde, zugesichert wird, daß „in diesem Staat den nationalen Minderheiten volle nationale Rechte zuerkannt“ werden. Die Herausgeber berufen sich auf eine amtliche Kopie dieser Deklaration im Staatlichen Zentralarchiv. Demgegenüber enthalten alle bisherigen Veröffentlichungen — z. B. „Za právo a stát 1848—1918“, Prag 1928, S. 282 — diesen Satz, dessen Weglassung weder durch Punkte angedeutet noch anderweitig erklärt wird.

Etwa 50 Dokumente betreffen die Geschichte der Kommunistischen Partei: Veröffentlichungen in der Parteipresse, Resolutionen, Reden, Auszüge aus den Protokollen der Parteikongresse u. dgl. Aus Gottwalds Gesammelten Werken sind 12 Dokumente abgedruckt. Zwei weitere, gleichfalls in den Gesammelten Werken enthaltene Dokumente (Bd. 11, S. 259—272; Bd. 12, S. 351—371) werden nicht nach dieser Fundstelle wiedergegeben, vielmehr wird als Quelle des Briefs, den Gott-

wald 1943 aus Moskau an seine Parteifreunde nach London richtete, das Originalschreiben im Parteiarchiv, als Quelle seiner Rede vor dem VIII. Parteitag das Protokoll dieses Parteitags angegeben. Als Fundstelle für Gottwalds erste Rede im Prager Parlament mit den berühmten Worten „Wir gehen nach Moskau, um von den russischen Bolschewiken zu lernen, wie wir Euch den Hals umdrehen. Und Sie wissen, daß die russischen Bolschewiken Meister auf diesem Gebiet sind“ wird das stenographische Protokoll des Abgeordnetenhauses angeführt und dabei auf Gottwalds Gesammelte Werke, Bd. 1, verwiesen. Die Herausgeber teilen also offenbar nicht die heute von verschiedenen slowakischen Parteihistorikern vertretene Auffassung, diese Wiedergabe sei unvollständig, es fehle darin der Schlußsatz, die Kommunisten würden ihren Kampf fortsetzen „solange nicht an Stelle Eures zerfallenden kapitalistischen Staates eine tschechoslowakische föderalistische sozialistische Sowjetrepublik entsteht“. So wird die Rede von Dozent Viliam Plevza DrSc (Za nový stát Čechů a Slováků, 1975, S. 110) zitiert, der die angeführte Stelle allerdings in eckige Klammer setzt, ohne zu erklären, was damit angedeutet werden soll. Schon die Herausgeber der Gesammelten Werke Gottwalds haben 1953 erklärt, daß sie an dem aus den stenographischen Protokollen übernommenen Text „Änderungen und Ergänzungen“ auf Grund des im „Rudé právo“ veröffentlichten Wortlauts vorgenommen hätten. J. Chovanec zitiert die Rede Gottwalds nach einer 1930 in Moskau erschienenen Übersetzung (Protiv social-fašist-skoj diktatury), die den von Plevza veröffentlichten Schlußsatz enthält mit der Begründung, die bourgeoise Parlamentszensur habe die Veröffentlichung dieses Teils der Rede untersagt (Právny obzor 61 <1978> 622).

Bei 23 der abgedruckten Dokumente handelt es sich um Gesetze, Verordnungen, Dekrete oder Verträge, die in der amtlichen Sammlung der Gesetze und Verordnungen veröffentlicht wurden. In drei Fällen, nämlich beim Provisorischen Vertrag mit der RSFSR vom 5. Juni 1922, beim Vertrag über die gegenseitige Hilfeleistung mit der UdSSR vom 16. Mai 1935 und beim Freundschaftsvertrag mit der UdSSR vom 12. Dezember 1943 fehlt jedoch der Hinweis auf die Veröffentlichung in der amtlichen Sammlung, als Quelle werden lediglich die im Zentralarchiv oder im Archiv des Außenministeriums hinterlegten Originale genannt. Unrichtig ist die Angabe, der tschechoslowakisch-sowjetische Beistandspakt sei am 8. Juni 1935 ratifiziert worden; an diesem Tag ist in Moskau der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt und der Vertrag damit in Kraft getreten, die Ratifikation ist durch Staatspräsident Masaryk am 3. Juni 1935 in Lana erfolgt.

Das unter Nr. 75 abgedruckte Dokument trägt eine unrichtige Überschrift. Es handelt sich keineswegs um einen Auszug aus einer Denkschrift Neuraths und Franks über die Germanisierung, Aussiedlung und Liquidierung des tschechischen Volkes. Zwar hat Neurath, wie aus der Aktenpublikation von Fremund und Král „Die Vergangenheit warnt“ (Prag 1960, S. 59 ff.) hervorgeht, am 31. August 1940 an den Chef der Reichskanzlei Lammers zwei Denkschriften „über die zukünftige Gestaltung des böhmisch-mährischen Raums“ gesandt, eine von ihm selbst und eine von Staatssekretär Frank verfaßte, der hier in Übersetzung abgedruckte Auszug entstammt aber nur der zweiten, von Frank verfaßten Schrift, so daß der Name Neuraths zu Unrecht angeführt wird. Unrichtig ist auch in Dok. Nr. 8 (Aufruf des

Tschechischen Aktionskomitees im Ausland) die Berufung auf die Anfrage deutscher Abgeordneter im österreichischen Abgeordnetenhaus über das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg. Der hier veröffentlichte Text ist keineswegs mit dem von den Abgeordneten Schürff, Goll, Hartl, Knirsch, Langenhan und Wolf zitierten Text identisch.

Der weitaus überwiegende Teil der 123 publizierten Dokumente ist bereits an anderer Stelle veröffentlicht worden. In diesen Fällen beschränkt sich die Quellenangabe vielfach auf solche frühere Publikationen (z. B. in: Mnichov v dokumentech, Naše dejiny v prameňoch) ohne die Primärquelle anzuführen. Wenn sich die Urkunde im Staatlichen Zentralarchiv oder im Parteiarchiv befindet, wird lediglich dieser Umstand angeführt, auf Hinweise auf Veröffentlichungen wird in der Regel verzichtet (z. B. Dok. Nr. 10, 29, 33, 75, 87, 94).

Als Beilage werden Plakate, Flugzettel, zeitgenössische Photographien, Zeitungen mit den von der Zensur getilgten Stellen u. dgl. reproduziert. Hier vermißt man einen Hinweis auf die unterschiedliche Formulierung des Gesetzes vom 28. Oktober 1918 über die Errichtung der Tschechoslowakei auf dem vom Nationalausschuß herausgegebenen Plakat und in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen (Dok. Nr. 21).